



**JA zur Neutralität!
NEIN zu den Sanktionen!
NEIN zur Zensur!
FÜR soziale Gerechtigkeit!**

Österreichs Verfassung wird vom Bundespräsidenten, der Regierung, den Medien und anderen gesellschaftspolitischen Kräften mit Füßen getreten!

JA zur Neutralität!

Unser freiwilliger, aus bitterer historischer Erfahrung heraus, gewählter Status einer immerwährenden Neutralität wird seit Jahrzehnten ausgehöhlt, und trotz unzähliger Versuche des Widerstandes gegen diese antidemokratische Praxis, in sein Gegenteil verkehrt. Transatlantische Parteilichkeit!

Real findet sich Österreichs Vasallentum im Dienste der US/EU-Monopolkonzerne und deren militaristischen und hegemonialen Ambitionen praktisch in der Rolle einer Kriegspartei im Stellvertreterkrieg der USA/NATO gegen Russland wieder.

Zahlreiche Verstöße gegen die Verfassung zeugen von der für uns, wie auch für die Weltgemeinschaft, unheilvollen Entwicklung: Österreichs Beteiligung an der NATO-Partnerschaft für den Frieden, der Beteiligung an der NATO-Battlegroup, der Teilnahme an der NATO Sky-Shield-Initiative, ...

Der Neutralität entgegengesetzte Handlungen: Bosnien 1991, 1995 Beitritt zur EU, zur NATO-Partnerschaft für den Frieden, wie im Besonderen 1999 – NATO-Krieg gegen Jugoslawien.

Anstatt Zeichen des Weges zur Entspannung zu setzen, erleben wir das Gegenteil. Kriegstreiberei, steigende Rüstungsausgaben und eine Unterhöhlung unserer Verfassung (z.B. Verbotsgesetz, ...) seitens des Bundespräsidenten und der Regierung.

NEIN zu den Sanktionen!

Die Wirtschafts-Sanktionen der USA/EU, die Politik wirtschaftlicher Blockaden gegen Russland, Belarus und andere Länder, wie Iran, an denen sich Österreich aktiv beteiligt, sind völkerrechtswidrig.

Die Sanktionen gegen Russland und auch gegen Belarus verstoßen gegen das „General Agreement on Trade in Services“ (GATTs-Abkommen). Wirtschaftliche Einschränkungen seien nur aus Gründen der nationalen Sicherheit zulässig. Die EU ist durch Russland in ihrer nationalen Sicherheit nicht konkret bedroht, da die Ukraine kein EU-Mitglied ist.

Prinzipiell sind Sanktionen in internationalen Organisationen nicht vorgesehen, daher darf es ohne WTO und UNO-Beschlüsse keine Sanktionen geben.

Vielmehr ist es offensichtlich, dass sich das anhaltende Sanktionsregime vor allem gegen die objektiven Interessen, im konkreten Fall gegen jene des österreichischen Volkes, gegen uns wendet. Arbeitsplatzverlust, exorbitant gestiegenen Energiekosten, ständig steigende Lebensmittelpreise, eine galoppierende Inflation sowie ein allseits spürbarer Verlust an Lebensqualität. Auch im Hinblick auf das emotionale Wohlbefinden.

NEIN zur Zensur!

Aktuell erleben wir vor allem zwei Formen der Zensur.

Zum einen den herrschenden Neoliberalismus mit seiner Ideologie. Diese unterbindet auf vielerlei Art jedwede Debatte, jedweden rationalen, auf Fakten und Argumenten gestützten Dialog. Schwarz-Weiß, richtig und unerlaubt.

Und zum anderen jene Zensur, die RT-Russia Today und Sputnik, die die russische Sicht, die eine andere Sicht auf die Wirklichkeit rigoros, ja sogar per Strafe, verbietet. Beides ist in einer demokratischen Gesellschaft inakzeptabel. Nicht hinzunehmen und verlangt Widerstand! Selbstverständlich gilt die Freiheit der Gedanken! Selbstverständlich gilt die Freiheit für das geschriebene Wort! Selbstverständlich gilt die Freiheit der Rede! Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe zu empfangen und weiterzugeben. Alles andere widerspricht unseren rechtlich verbrieften Grundrechten.

FÜR soziale Gerechtigkeit!

Die deutliche Abkehr Österreichs von einer aktiven Neutralitätspolitik, spätestens mit dem „Maidan-Putsch“ von 2014, hat selbstverständlich auch seine spürbaren Auswirkungen im Sozialbereich. Die Schwächung der Souveränität Österreichs als Nationalstaat bedeutet auch eine Schwächung des Sozialstaates. Österreichs aktive Teilnahme an der EU-Sanktionspolitik gegen Russland hat laut dem Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) 2014 begonnen und beläuft sich mittlerweile auf nahezu 10 Milliarden Euro. Diese sind vornehmlich durch Exporteinbrüche verlorengegangen. Im Resultat verschärfen Arbeitsplatzverlust, Steuerverlust, Brancheneinbrüche und vieles anderes mehr die Lage am Arbeitsmarkt und betreffen selbstverständlich auch den gesamten Sozialbereich. Die massiv gestiegenen Energiekosten, die daraus resultierenden Folgekosten, die schmerzhaft gestiegenen Lebenshaltungskosten wie auch die hohe Inflation, stehen keinen adäquaten Lohn- und Pensionserhöhungen gegenüber. Die praktizierte Zensurpolitik greift tief in die Grundrechte, ganz unmittelbar in die weitere Schwächung der Demokratie, ein.

Österreich, wir haben jedes Interesse an einer aktiven Neutralitätspolitik!

Ganz im Sinn der Worte von Johann Wolfgang von Goethe:
Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns auch endlich Taten seh'n!

**Großes aktionspolitisches Treffen
im Schutzhaus Zukunft auf der Schmelz.**

Samstag, 7. Oktober 2023, 13:00 Uhr

Impressum: www.plattformdemokratie.at

Kontakt: Andreas Wimmer, E-Mail: office@plattformdemokratie.at